

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Michael Müller MdB zum
20. Jahrestag der Grün-
dung des Club of Rome:
Von den „Grenzen des
Wachstums“ zu den „Gren-
zen der Lernfähigkeit“.

Seite 1

Dieter Schinzel MdEP zu
den Lafontaine-Thesen: Bei
der Bekämpfung der Mas-
senarbeitslosigkeit darf es
keine Tabus geben.

Seite 3

Peter Büchner MdB zur Ver-
zögerung der Prüfung
steuerlicher Erleichterungen
durch die Koalitionsfraktio-
nen: Die Sportvereine sind
gemeinnützig.

Seite 4

Dokumentation
Die SPD-Europaabgeord-
nete Heinke Salisch hat Bun-
desgesundheitsministerin
Rita Süsmuth aufgefordert,
das Drogenproblem genau
zu analysieren und nicht als
Polizeiaufgabe abzutun.
Wortlaut Ihres Briefs

Seite 5

43. Jahrgang / 67

8. April 1988

Zum 20. Jahrestag der Gründung des Club of Rome

Von den „Grenzen des Wachstums“ zu den „Grenzen der Lernfähigkeit“

Von Michael Müller MdB

Geschäftsführender Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion

„Die Welt steht an einem epochalen Scheideweg: Wohin das Pendel schlägt, liegt bei uns selbst.“

Aurelio Peccei

Auf Initiative des Italieners Aurelio Peccei kam es heute vor 20 Jahren, am 8. April 1968 zum informellen Zusammenschluß von Wissenschaftlern und Vertretern der Wirtschaft aus 25 Staaten. Nach dem Gründungsort wird diese Vereinigung „Club of Rome“ genannt. Zielsetzung: Die Erforschung von Ursachen und Zusammenhängen der durch demographische und ökonomische Entwicklung sich immer stärker abzeichnenden Menschheitsprobleme.

1972 publizierte der Club seinen ersten Bericht unter dem Titel „Grenzen des Wachstums“. Wie kaum eine andere Publikation hat dieser Bericht die kritische Diskussion und die selbstkritische Reflexion über die Folgen menschlichen Handelns angeregt. Dabei waren die Thesen wahrlich nicht unumstritten. Die Sowjetunion reagierte beispielsweise mit einer scharfen Kritik und einer ideologischen Abgrenzung zu diesem „Dokument bürgerlicher ‚Verzichtspolitik‘“. Wie gewaltig aber die Wirkung des Berichts über die Endlichkeit der Ressourcen und die Belastbarkeit der Umwelt unseres Planeten ist, zeigt sich in der heute weltweiten Anerkennung der großen und globalen Umweltgefahren.

Nach einer SPIEGEL-Umfrage war der Begriff „Umweltpolitik“ 1969 für rund 95 Prozent der Bevölkerung nichtssagend. Der Umweltschutz war das Gebiet einiger weniger Experten, die allerdings zu Beginn der 70er Jahre in der sozialliberalen Regierungszeit beträchtliche Reformen durchsetzen konnten. Dazu gehören das umweltpolitische Sofortprogramm der Bundesregierung von 1970, die Einsetzung des Sachverständigenrates 1971, die Gründung des Umweltbundesamtes 1974 und zahlreiche neue Umweltgesetze.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Kemalpaier-Umgebung
mit recyceltem Material
Recycling-Papier



Wie weit der Diskussionsstand damals bereits war und welche politischen Versäumnisse gemacht wurden, zeigt sich an der Tatsache, daß der 72er Bericht des Club of Rome an zwei Stellen ausführlich auf die Weltklimaproblematik eingeht: Zum einen in einem extra Kapitel dazu und zum anderen in der Darlegung „unerkannter Maximalgrenzen“. 1972 wurden auch in der Bundesrepublik erste Publikationen über die globale Klimagefährdung veröffentlicht. Es hat bis 1987 gedauert, daß der Bundestag nunmehr eine Enquete-Kommission zum „Schutz der Erdatmosphäre“ eingesetzt hat.

Auch in der Schlußakte von Helsinki 1975 werden die globalen Umweltgefahren betont, so in der Forderung nach gemeinsamen Anstrengungen zum Schutz des Klimas oder in der Bereitschaft zur grenzüberschreitenden Umweltschutzpolitik. Mit der Wachstumsschwäche seit Mitte der 70er Jahre und dem Beginn der Massenarbeitslosigkeit wurden derartige Forderungen an den Rand gedrängt, traditionelle Wachstums- und Industriepolitik bekamen wieder uneingeschränkten Vorrang in der Politik. Erst nach 1980 wurde - nicht zuletzt durch das Aufkommen der Grünen - dem Umweltthema wieder größere Bedeutung gegeben.

Heute ist die Bedeutung des Umweltschutzes unbestritten, ja es gibt fast eine bedenkliche Inflationierung im Gebrauch des Wortes „ökologisch“. Es ist einer der großen Widersprüche unserer Zeit, daß global und abstrakt die Naturzerstörung allseits beklagt wird, sich aber in der konkreten Praxis nur relativ wenig geändert hat. Die Umweltschutzpolitik ist noch immer ein Reparaturbetrieb, der im großen, zum Teil sogar wachsenden Abstand den Problemen hinterherläuft. Dies gilt national wie europäisch und erst Recht weltweit.

Die Politik ist bislang zu wirklich konsequenten Maßnahmen nicht fähig, oft bleibt es bei Ankündigungen und Symbolhandlungen - dies gilt - wann auch mit unterschiedlicher Ausprägung - für die bisherigen Umweltminister der Kohl-Bundesregierung, die streng nach der Devise verfahren, einen Luftballon laut aufzublasen und steigen zu lassen, ihn aber dann leise und unbemerkt zum Platzen zu bringen. Es wäre allerdings falsch, die Kritik an einem unzureichenden Umweltschutz auf die Bundesregierung zu verkürzen, wiewohl er sich hier besonders drastisch zeigt.

Die globalen Umweltprobleme haben in den letzten 20 Jahren weiter zugenommen:

- Jedes Jahr werden rund sechs Millionen Hektar ertragsfähigen Bodens zerstört.
- Die Industrieländer mit einem Viertel der Weltbevölkerung verbrauchen rund 80 Prozent der gesamten Metall- und Energievorkommen.
- Die Zerstörung der Ozonschicht ist dramatisch geworden, die heutigen „Löcher“ geben den Zustand von vor zehn Jahren wieder. Das heutige Ausmaß der Zerstörung wird sich erst in zehn Jahren zeigen.
- Die weltweite Erwärmung der Erdatmosphäre zeigt bedrohliche Tendenzen für die Welternährung, die Veränderung von Meeresspiegel und die Herausbildung neuer Wüsten.

Mit anderen Worten: Vor 20 Jahren wurden bereits die Umweltprobleme aufgezeigt, seit 15 Jahren sind sie durch Publikationen bekannt, seit zehn Jahren weist die Menschheit der Notwendigkeit einschneidender Änderungen aus. Die Grenzen des Wachstums zeigen bislang auch die Grenzen menschlicher Lern- und Politikfähigkeit. Die Arbeiten des Club of Rome sind Alltagslektüre geworden. Sie haben für viele Initiativen und Gruppen Nahrung gegeben und nicht wenig leiten daraus Frustration und Abwendung von der Politik ab. Tatsächlich aber können gerade die globalen Probleme nicht mit individuellen „Widerstandskategorien“ oder der Flucht in die kleine Gesinnungsgemeinschaft gelöst werden.

Was wir brauchen, ist eine neue Qualität von Politik und gerade dazu brauchen wir mehr Engagement und Kreativität in den politischen Parteien. Ohne eine Reform der Weltwirtschaft, einen ökologischen Umbau der Volkswirtschaft, eine umweltverträgliche Technikentwicklung und eine neue Qualität der Entwicklungspolitik sind die globalen Umweltprobleme nicht zu lösen.

Die Arbeit des Club of Rome ist heute so aktuell wie vor 20 Jahren, aber es gilt, daraus politische Schlußfolgerungen zu ziehen, wollen wir nicht bei dem beklagenswerten Zustand der Folgenlosigkeit bleiben. Wir können uns das weniger denn je „leisten“.

(-/8.4.1988/rs/ks)

Bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit darf es keine Tabus geben

Anmerkungen zu den Lafontaine-Thesen

Von Dieter Schinzel MdEP

Die wachsende Massenarbeitslosigkeit und ihre Folgen reißen tiefe Wunden in unser Sozial- und Finanzsystem. Gerade auch die Kommunen befinden sich im Würgegriff einer unsozialen Bonner Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Von den über 2,5 Millionen registrierten Arbeitslosen beziehen nur ein knappes Drittel Arbeitslosengeld, ein weiteres knappes Drittel erhält Arbeitslosenhilfe. Über 35 Prozent erhalten weder Arbeitslosengeld noch -hilfe. Sie sind auf die Unterstützung ihrer Angehörigen und die Sozialhilfe angewiesen.

Mit Ihrer Politik des Sozialabbaus hat die sich auch „christlich“ nennende Bundesregierung viele Menschen in eine bedrückende Lage gebracht. Durch immer höhere Sozialhilfeleistungen - seit 1980 haben sich die Sozialhilfeleistungen verzehnfacht - bluten die Gemeinden finanziell aus.

Allein 1986 wurden drei Milliarden DM an Sozialhilfeleistungen für Arbeitslose benötigt. Eine Folge: dringend notwendige Investitionen finden nicht statt, die Massenarbeitslosigkeit steigt auch aus diesem Grunde.

Explosionsartig ist aber auch etwas anderes gestiegen, nämlich seit 1982 die Einkommen von Unternehmern und Vermögensbesitzern. Bis 1986 allein um über 150 Milliarden DM. Ein Großteil davon durch internationale Finanzanlagen und Spekulationen. Die bevorstehende „Steuerreform“ mit ihrer unverschämten Umverteilung von unten nach oben begünstigt dieses Verhalten noch anstatt für neue, dringend benötigte Arbeitsplätze zu sorgen.

Vor diesem Hintergrund ist die heftige Reaktion einiger Gewerkschaften auf den Vorstoß von Oskar Lafontaine zum Thema „Kürzung von Arbeitszeit und Arbeitslohn“ gut zu verstehen.

Es darf bei der Diskussion über die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit keine Tabus geben. Es ist allerdings das Verdienst Oskar Lafontaines, die öffentliche Diskussion wieder auf dieses Thema gelenkt zu haben; zu sehr war unsere Gesellschaft schon dabei, sich an den Skandal der Massenarbeitslosigkeit zu gewöhnen. Sicher ist auch: An sich hat Lafontaine nichts anderes beschrieben als die bisherige gewerkschaftliche Praxis. Überall dort, wo Arbeitszeitverkürzung tariflich vereinbart wurde, war der Spielraum für Lohnerhöhungen entsprechend geringer. Das Medienwirksame lag in der frappierenden Einseitigkeit seiner Aussage.

Die Reaktion von Unternehmern und Arbeitgebern war dennoch gespalten. Sie ahnten, was als zweiter Schritt dazu gehört. Wenn man an Arbeitnehmer und Gewerkschaften herantritt, um mit ihnen über Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich zu sprechen, dann müssen die Unternehmer anbieten, mit sich über den beschäftigungspolitisch sinnvollen Einsatz ihrer Gewinne reden zu lassen. Die Verlagerung dieser Gewinne auf die internationalen Kapitalmärkte zur Erzielung leistungsloser Gewinne, ist jedenfalls keine Antwort, die man in Anbetracht der Arbeitslosenzahl in der Bundesrepublik Deutschland hinnehmen kann.

Und ein zweites gehört dazu: Wenn hier von einem Solldarbeitrag der Arbeitnehmer gesprochen wird, dann müssen auf der anderen Seite auch Garantien für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gegeben werden. Auf jeden Fall kann es nicht so sein, daß man einerseits dem Arbeitnehmer in die Tasche greift, er auf der anderen Seite mit dem Prinzip Hoffnung abgespeist wird und sich in der Praxis für die Arbeitslosen nichts ändert.

(-/8.4.1988/rs/ks)

Die Sportvereine sind gemeinnützig

Zur Verzögerung der Prüfung steuerlicher Erleichterungen durch die Koalitionsfraktionen

Von Peter Büchner MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Sportausschuß des Deutschen Bundestages

Die Reaktionen der Bundesregierung sowie der Koalitionsfraktionen auf die Empfehlungen der Sachverständigen-Kommission zur Überprüfung des Gemeinnützigkeitsrechts sind schwammig und nicht überzeugend. Besonders die die 64.000 gemeinnützigen Sportvereine und die ehrenamtlichen Mitarbeiter betreffenden Erkenntnisse der Kommissions-Mitglieder finden den heftigsten Widerstand der SPD.

Wer vor allem das soziale, jugendpolitische, gesundheitsfördernde und sportliche Wirken der Sportvereine als einen „Dienst am Gemeinwohl“ als nicht gemeinnützig einstuft, bewirkt den Niedergang eines Vereinswesens, dessen Bürgerengagement weltweit als beispielhaft anerkannt wird.

Wenn die Bundesregierung sich von den Ratschlägen der sogenannten Sachverständigen überrascht zeigt, so ist dies fadenscheinig. Schon bei der Zusammensetzung und aus Erklärungen von Kommissions-Mitgliedern war der Trend gegen den Sport erkennbar. Die gesellschaftspolitisch überwiegend sinnwidrigen Schlußfolgerungen hat die Bundesregierung, und insbesondere Bundesfinanzminister Stoltenberg, maßgeblich mitbewirkt.

Die berechtigte Forderung des Deutschen Sportbundes - als die größte gesellschaftliche Organisation der Bundesrepublik Deutschland - auch einen Sport- und Gesellschaftswissenschaftler in die Kommission zu berufen, wurde vom Bundesfinanzminister abgelehnt. Die Sachverständigen sind ausschließlich Juristen und Steuerfachleute.

Wenn die Bundesregierung nun erklärt, daß die Frage von steuerlichen Erleichterungen zugunsten der gemeinnützigen Sportvereine erst im Zuge der Steuerreform 1990 beraten wird, so ist die SPD mit dieser ernennten Verzögerungs-Taktik nicht einverstanden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion besteht auf einer zügigen Beratungen und positiven Beschlußfassung ihres Antrages vom April 1987 „Steuerliche Erleichterungen für die gemeinnützigen Sportvereine und andere gemeinnützige Vereine“ in den Ausschüssen des Bundestages. Dabei muß die Bundesregierung unzweideutig erklären, welche Schlußfolgerungen sie aus dem Kommissions-Gutachten zieht. Eine monatelange „Prüfungsprozedur“ ist nicht erforderlich und dient nur der weiteren Verzögerung von klaren Entscheidungen.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion erinnert die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und FDP erneut daran, daß sie gegenüber dem Deutschen Sportbund, den Mitgliedsorganisationen und den 64.000 Sportvereinen mit eindeutigen Versprechungen mit Wort stehen. Im Interesse der Sportvereine und der ehrenamtlichen Mitarbeiter ist die SPD zu einer schnellen und interfraktionellen Beschlußfassung mit dem Ziel bereit, daß die steuerlichen Verbesserungen spätestens zum 1. Januar 1989 rechtswirksam werden. Bei der zugesagten Erhöhung der steuerfreien Jugend- und Übungsleiterpauschale (die beispielsweise auch für Chorleiter gilt) von derzeit 2.400 DM auf 3.600 DM jährlich ist dies bereits im Laufe dieses Jahres möglich.

(-/B.4.1988/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Heinke Salisch: Das Drogenproblem nicht der Polizei überlassen

Die SPD-Europaabgeordnete Heinke Salisch, Drogen-Expertin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament, hat Bundesgesundheitsministerin Rita Süßmuth aufgefordert, das Drogenproblem genau zu analysieren und nicht als Polizeiproblem abzutun. Frau Süßmuth solle als amtierende Vorsitzende des Rates der EG-Gesundheitsminister den Vorschlag des Europäischen Parlaments für eine europäische Drogenkonferenz aufgreifen, die den Umgang der EG-Staaten mit dem Drogenproblem analysiert. Aufgabe einer derartigen Konferenz müsse es auch sein, das Drogenproblem zu enttabuisieren, die Ursachen zu erforschen und wirksame Maßnahmen zur Hilfe für die Abhängigen zu beschließen. Wir veröffentlichen den Brief von Heinke Salisch an Rita Süßmuth im Wortlaut.

Sehr geehrte Frau Süßmuth,

mit wachsendem Unmut und Befremden verfolge ich als aufmerksame Beobachterin und als drogenpolitische Sprecherin meiner Fraktion im Europäischen Parlament die Drogenpolitik der Bundesregierung, für deren Inhalte und Maßnahmen Sie als Gesundheitsministerin gemeinsam mit Ihrem Kollegen Bundesinnenminister Zimmermann verantwortlich sind. Während bisher nur Herr Zimmermann, zuletzt bei der Vorlage des Drogenberichtes der Bundesregierung, für diese Politik zuständig zeichnete, haben Sie nun mit Ihrem Interview in der Europäischen Zeitung deutlich zu erkennen gegeben, daß Sie ihm dabei ohne Abstriche zu folgen bereit sind.

Meiner Meinung nach - und in dieser kritischen Beurteilung stehe ich nicht allein - setzt die Drogenpolitik der Bundesregierung an einer völlig falschen Stelle an und geht von unrealistischen Voraussetzungen aus. So interpretieren auch Sie, wie zuvor bereits Herr Zimmermann, die Zunahme der beschlagnahmten Mengen illegaler Drogen als „Ausdruck für eine erfolgreiche Bekämpfung des illegalen Drogenhandels“. Genau das Gegenteil aber ist der Fall: Die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten Jahren zu einem begehrten Aktionsfeld der internationalen Drogen-Mafia entwickelt. Und daran ist die Drogenpolitik der Bundesregierung mitschuldig. Durch die fehlende Unterscheidung zwischen weichen und harten Drogen verursacht Herr Zimmermann eine unverantwortliche Verzettlung der Polizei-Aktivitäten. Dadurch fehlen die dringend benötigten Kapazitäten bei der Bekämpfung der inzwischen auch die Szene bei den neuartigen synthetischen Drogen beherrschenden europä- und weltweit agierenden Rauschgifttringe. Das, und nicht die von Ihnen angeprangerte weniger scharfe Verfolgung weicher Drogen, wirkt anlockend auf den internationalen Drogenhandel und die Großdealer. Gleichzeitig führt diese Drogenpolitik zu einer nicht gerechtfertigten Kriminalisierung der Abhängigen.

Doch nicht nur in diesem eher sicherheitspolitisch zu betrachtenden Bereich hat die deutsche Drogenpolitik schwerwiegende negative Folgen. Auch gesundheitspolitisch birgt sie große Gefahren. Mit Schuldzuweisungen an die holländische Drogenpolitik, die auf Liberalisierung bei weichen Drogen, auf die Ausgabe von sterilen Nadeln und auf gezielte staatliche Methadon-Programme setzt und auf wachsende Erfolge und zunehmend internationale Zustimmung verweisen kann - so übernehmen die Niederlande, wie Sie wissen, 1990 den Vorsitz der UNO-Drogenkommission - ist eine Entschärfung der höchst gefährlichen und explosionsartigen Entwicklung der Drogen-Szene in der Bundesrepublik und in ganz Europa nicht zu erreichen. Vielmehr verstärkt die bei uns praktizierte Politik das Problem der Beschaffungskriminalität und -prostitution und bereitet damit auch den Weg für eine weitere Ausbreitung der Immunschwächekrankheit AIDS.

43. Jahrgang / 67 / 8. April 1988

Ihre positive Einschätzung einer angeblich guten Zusammenarbeit in Europa im Drogenbereich ist mir unerklärlich. Schöne Reden bringen uns nicht weiter. Es fehlt in der EG eine gemeinsame Strategie und vor allem ein aufeinander abgestimmtes Vorgehen. Ich bitte Sie eindringlich, im Rahmen der deutschen EG-Präsidentschaft als amtierende Vorsitzende des Rates der EG-Gesundheitsminister den Vorschlag der EP für eine europäische Drogenkonferenz aufzugreifen, auf der vorurteilslos die Vor- und Nachteile der von den EG-Mitgliedstaaten praktizierten Politik untersucht und für ein gemeinsames Vorgehen bewertet werden können. Fortschritte sind nicht zu erreichen, wenn jeder auf ideologischen Standpunkten in der Drogenpolitik beharrt, sondern nur, wenn wir uns in pragmatischer Form zusammensetzen, alle die Karten auf den Tisch legen und über Erfolge und Mißerfolge ihrer Drogenpolitik beraten. Richtschnur einer solchen europäischen Drogenkonferenz und unseres politischen Handelns muß sein zu verhindern, daß Menschen drogenabhängig und durch den Drogenkonsum kriminell werden.

Ich bin mir bewußt, daß Mut dazu gehört, einen Scharbenhaufen beiseite zu kehren. Es gibt in der politischen Diskussion nur wenige Themen, die so emotional besetzt und behandelt werden wie der Umgang mit Drogensüchtigen und den Problemen, die der ständig zunehmende Drogenkonsum für unsere Gesellschaften mit sich bringt. Dennoch gehört zur Erörterung der Drogenproblematik die Beschreibung der Probleme auf allen Ebenen - der Ebene der individuellen Erfahrung mit Drogen, der Ebene, auf der es um die dramatischen Folgen von illegalem Konsum geht, und schließlich die Ebene der Institutionen, die sich von Demoralisierung und Korruption bedroht sehen angesichts der Entwicklung eines kapitalkräftigen und international organisierten Drogenhandels.

Ansatz einer neuen Politik wäre die Erforschung, Offenlegung und Diskussion aller mit der Illegalität von Drogen verbundenen Probleme. Nur wenn wir den Mut haben, die Drogenprobleme aus der Dunkelzone der Tabus zu holen, nur bei Normalisierung unserer Annäherung an das Drogenthema, könnte auch ein neuer Weg in den Bereichen Rehabilitation, Ausbildung und Aufklärung gelingen. Wir brauchen eine verstärkte Bewußtseinsbildung und eine Konfrontation der Gesellschaften in der Europäischen Gemeinschaft mit dem Drogenproblem. Man kann es nicht einfach tabuisieren und es lediglich der Polizei überlassen.

Die synthetischen Drogen, die im Gegensatz zu den bisher bekannten Rauschgiften nicht 'Aussteiger-', sondern 'Einsteiger-Drogen' sind, stellen eine große Herausforderung an Politik und Gesellschaft dar. Wenn wir diese Herausforderung nicht annehmen, sondern mit den seitherigen Rezepten operieren, werden diese neuen und schon weit verbreiteten Drogen sehr bald zu vermutlich irreversiblen Entwicklungen führen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

gez. Heinke Salisch

(-/8.4.1988/rs/ks)